

In einem anlässlich des ersten Jahrestages der Unabhängigkeit Simbabwe am 10. April 1981 veröffentlichten *Hirtenbrief* haben die Bischöfe des Landes der Regierung ihren Dank dafür ausgesprochen, daß sie „nach zehn Jahren erbitterten Kampfes ein Beispiel christlichen Großmuts gegeben hat“, indem sie zu einer nationalen Wiederversöhnung aufgerufen habe. Ergebnis dieser Aktion, die in der zivilisierten Welt Bewunderung hervorgerufen habe, sei ein „bemerkenswertes Maß an Frieden“ in Simbabwe. Auch wenn es noch immer Gewaltakte gebe, die von den Bischöfen verurteilt würden, sei ein wachsendes Verständnis zwischen den verschiedenen rassischen und politischen Gruppierungen zu bemerken. Wenn dieses Klima des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens anhalte, könne Simbabwe mit „großer Zuversicht in die Zukunft schauen, um eine vereinte und friedliche Nation zu werden“. Anerkennend äußerten sich die Bischöfe auch über die Entwicklungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen.

Die Kirche, die während des Bürgerkrieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden war und auch zahlreiche personelle Einbußen zu verzeichnen hatte, fand in diesen Monaten erstmals nach langer Zeit zu einem Zustand relativer Ruhe und Sammlung der Kräfte. Einzelne Zwischenfälle, so die Ermordung des 67jährigen Mariannhiller Missionars *Edmar Sommerreisser* auf seiner Missionsstation „Regina mundi“, wenige Tage nach Erscheinen des Hirtenbriefes, dürften weniger einen politischen als vorwiegend einen rein kriminellen Hintergrund haben. Der Toleranz durch den Ministerpräsidenten durften sich die Missionare im Land einstweilen gewiß sein, haben sie doch in Zeiten des Krieges die Sache der Unabhängigkeitsbewegung im ganzen unterstützt. Andererseits kann man annehmen, daß sich die kirchliche Hierarchie, in der nach wie vor das weiße Element dominiert, in der neuen Situation weniger leicht zurechtfindet als die Missionare. Nach Ansicht des Generaloberen der Immenseer Missionsgesellschaft Bethlehem *Josef Amstutz* sollte die Kirche ihre Anstrengungen auf drei Bereiche konzentrieren: den Aufbau von *Nachbarschaftsgemeinden* anstelle weiträumiger Pfarreien; die Schaffung von „*Modellen versöhnter Gemeinschaft*“ (Krankenhäusern, Schulen, Gemeinden), in denen Rassen-, Stammes- und Parteigegensätze überwunden werden; sowie die Erarbeitung und Verwirklichung einer *Entwicklungspolitik* in loyaler und zugleich kriti-

scher Partnerschaft mit dem Staat (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 7. 2. 81).

Völlig ungetrübt ist aber bei aller gegenseitigen Wertschätzung das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht. So äußerte z. B. der Bischof von Wankie, *Ignacio Prieto Vega*, seine Besorgnis über drei Gruppen in Simbabwe, die scharfe Kritik an der Kirche hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber afrikanischen religiösen und sozialen Überlieferungen üben. Bei diesen Gruppen handle es sich um den „Religionsrat von Simbabwe“, um eine Gruppe innerhalb des Gesundheitsministeriums sowie eine Gruppe von einflußreichen Personen, die ein „Theologisches und Ideologisches Forschungszentrum“ gründen wollen. Zwar sei ein großer Teil der von diesen Gruppierungen vorgebrachten Kritik naiv, aber dennoch mache diese bewußt, daß „zwischen der Botschaft des Evangeliums, wie sie die katholische Kirche predige, und den religiösen Überlieferungen des Volkes in Simbabwe eine psychologische Schranke“ bestehe (KNA, 2. 7. 81).

Zu Kritik sah sich, kurz vor seinem Rücktritt im November 1981, auch der Bischof von Umtali, *Donal Lamont*, angesichts der Meldung veranlaßt, daß sich Ministerpräsident Mugabe mit dem Gedanken der Bildung von Kindermilizen trage. Lamont wandte sich entschieden gegen den Plan, diejenigen Kinder in Milizen zusammenzufassen, die an den staatlichen Schulen keinen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Eine erste Bestandsaufnahme zog Bischof Prieto im September des vergangenen Jahres, nachdem er seine Diözese und andere Teile des Landes bereist hatte. Etwa zwei Drittel der ländlichen Gemeinden seien wieder belebt worden, ungefähr 40% der Christen in diesen Gemeinden kämen wieder zum Gottesdienst. Mit wenigen Ausnahmen arbeiteten die Gemeinschaften am Wiederaufbau der Gebäude mit, so daß bereits wieder eine Reihe von Kapellen gesegnet werden konnten (Fidesdienst, 5. 12. 81). Überall sei aber zu sehen, daß die Christen nach dem Krieg im Benehmen, in den Erwartungen, in ihrer Zugänglichkeit und im gesamten Denken anders seien als vorher. Auch die Auffassung von der Kirche und von den Priestern habe sich gewandelt. „Von übertriebenen Erwartungen und Forderungen abgesehen, kann von da her viel Gutes kommen. Sind das nicht die neuen Zeichen der Zeit? Neue Zeiten fordern Umstellung.“

Cordelia Rambacher

Auf dem Weg zum islamischen Staat?

Die innen- und außenpolitische Situation Malaysias

Die *Föderation Malaysia* entstand 1963 als ein eher künstliches Staatsgebilde. Geographisch weit auseinander gelegen, fehlte den Landesteilen Westmalaysia (Halbinsel Malaya) und Ostmalaysia (Sabah, Sarawak) eine ausgeprägte gemeinsame geschichtliche Vergangenheit. Mehr

noch: die durch die Kulturen Indiens, Chinas und des Islam unterschiedlich geprägten Volksgruppen führten nicht nur weitgehend ein Eigenleben, sondern standen sich auch recht feindlich gegenüber. Trotzdem gehörte Malaysia im letzten Jahrzehnt zu den politisch stabilsten

Ländern Asiens – dank einer Politik, die bei aller Wahrung der Interessen der Malaien auch um einen Ausgleich zwischen den Volksgruppen bemüht war. Seit dem Erstarken des islamischen Fundamentalismus in Malaysia ist aber diese Politik der Verständigung zunehmend gefährdet.

Vorherrschaft der Malaien

Die *Malaien* bilden mit 47% der (1980) 13,5 Millionen Einwohner die größte Bevölkerungsgruppe. Wie die ihnen ethnisch verwandten Ureinwohner (8% der Bevölkerung) stammen sie aus Südchina, woher sie vor über 2000 Jahren nach Malaya einwanderten. Hauptsächlich auf dem Lande und von der Landwirtschaft lebend, hatten sie wenig Anteil an der Industrialisierung und gelten heute als wirtschaftlich meist rückständig. Andererseits sind sie in Verwaltung und Politik dominierend, wie auch die Staatsform zeigt: neun der dreizehn Bundesstaaten sind Sultanate, und nur die neun Sultane wählen untereinander für jeweils 5 Jahre das Staatsoberhaupt der Wahlmonarchie Malaysia, das jedoch hauptsächlich eine *repräsentative* Funktion hat.

Die bedeutendste politische Kraft der Malaien ist die „United Malay's National Organization“ (UMNO), die alle bisherigen Regierungschefs stellte. Sie ist zugleich führend in der seit 1971 regierenden 10-Parteien-Allianz der „Nationalen Front“ (NF). Bei den Wahlen von 1978, bei denen die NF 131 der 154 Sitze des Parlaments-Unterhauses errang, gewann die UMNO allein 75 Mandate (in den Parlamenten der Bundesstaaten stellte die NF Ende 1980 243 von 312 Parlamentariern).

Das Ziel der UMNO ist die *Schaffung einer malaysischen Nation*, deren beherrschendes Element das Malaientum ist. Hierzu gehört die wirtschaftliche Gleichstellung der Malaien mit den anderen Bevölkerungsgruppen, und so sieht die 1971 verkündete „Neue Ökonomische Politik“ vor, daß die Malaien bis 1990 30% der Wirtschaft kontrollieren sollen, davon allerdings $\frac{1}{2}$ über staatliche Unternehmen. Nicht-Malaien werden 40% zugestanden, ausländischen Firmen 30%. Entsprechend werden immer mehr Unternehmen dazu angehalten, malaiische Beteiligungen aufzunehmen und auch mehr malaiisches Personal einzustellen. Anfang 1981 betrug der malaiische Anteil jedoch erst 12,4% (4,2% privat, 8,2% staatlich), während 40% der Unternehmen in nichtmalaiischer (meist chinesischer) Hand waren.

Das wichtigste Mittel der Malaiisierung sind die Sprache und die Religion. Denn als *Malai* gilt laut Verfassung nur, wer aus dem Lande stammt, entsprechend den malaiischen Sitten lebt, Malaiisch spricht und Muslim ist. So ist der Islam, zu dem sich etwa 45% der Bevölkerung bekennen (offizielle Statistiken werden nicht geführt), Staatsreligion, wobei aber anderen Glaubensgemeinschaften Religionsfreiheit zugesichert ist. Und das Malaiische ist nicht nur offizielle Amtssprache, sondern mit wenigen

Ausnahmen auch verbindliche Unterrichtssprache auf dem sekundären Bildungssektor. Als Amtssprache der niederen Gerichte soll es darüber hinaus bis 1985 eingeführt werden.

Da neben den eigentlichen Malaien auch andere wirtschaftlich rückständige Gruppen der Förderung bedürfen, ist man dazu übergegangen, auch diese – vor allem, sofern sie sich zum Islam bekennen – einzubeziehen. Man spricht deshalb heute offiziell von „Bumiputras“ („Söhne des Landes“), und zu ihnen werden mittlerweile sogar indische (nicht aber chinesische!) Muslime gezählt. Und dieser Status des Bumiputra berechtigt zur bevorzugten Behandlung bei der Zuweisung von Land oder Arbeitsplätzen, bei der Vergabe von Aktien oder etwa auch bei der Zulassung zu den Hochschulen.

Expansionsbewußter Islam

Da die Religion das wichtigste Element der kulturellen Identität der Malaien ist, wird die Verbreitung des Islam entsprechend gefördert. Bereits 1961 wurde eine *islamische Missionsgesellschaft* gegründet, die „Pertubukan Kebajikan Islam“ (Perkim). An der Spitze der heute etwa 11 000 Mitglieder zählenden Organisation steht der hoch angesehene erste Ministerpräsident Malaysias, *Tunku Abdul Rahman*. Der Gesellschaft geht es derzeit aber nicht mehr nur um die islamische Mission (z. T. mittels materieller Anreize), sondern auch um die innere Stärkung der islamischen Glaubensgemeinschaft. Sie strebt jedoch – im Einklang mit der bisherigen Regierungspolitik – keineswegs die Bildung eines islamischen Staates an. Denn auch im Selbstverständnis der Regierung ist Malaysia ein säkularer Staat, in dem zwar der Islam eine herausragende Rolle spielt, in dem man aber auch den nicht-muslimischen Gruppen mit Toleranz begegnen müsse. So gilt etwa das islamische Recht nur im Familien- und Erbrecht und nur, sofern Muslime betroffen sind. Manchen Muslimen ist diese Politik allerdings viel zu gemäßigt. Einer der Wortführer einer Islamisierung Malaysias ist die konservative „Partai Islam“. Sie hat aber in letzter Zeit erheblich an Einfluß verloren und herbe Wahlniederlagen hinnehmen müssen (im Palament stellt sie nur noch 5 Abgeordnete), da sie vielen Wählern zu extrem ist und die UMNO zudem wieder etwas stärker das islamische Element betont.

So wurde das Feld frei für ein breites Spektrum außerhalb der Parteien operierender Organisationen mit meist *fundamentalistischem Einschlag*. Diese Bewegung wird gemeinhin unter dem Begriff „dakwah“ („Ruf“, „Einladung“) zusammengefaßt. Sie besteht aus zahlreichen meist kleineren und unabhängig voneinander arbeitenden Gruppen, deren Ziel die innere Erneuerung der islamischen Gemeinschaft ist. Meist apolitisch, bemühen sie sich um die Wiederbelebung islamischer Sitten, lehnen westliches Kulturgut ab (augenscheinlich z. B. in der Kleidung) und versuchen etwa durch die Gründung ländlicher Genossenschaften, ihr Ideal einer ursprünglichen islami-

schen Gesellschaft zu verwirklichen. Träger der Bewegung, die vielfach von ausländischen islamischen Organisationen finanziert wird, ist vor allem die aus der städtischen Mittelschicht stammende Jugend. Daneben gibt es aber auch politisch motivierte Organisationen, die z. T. bei der „Partai Islam“ Rückhalt finden.

Die weitaus bedeutendste Gruppierung ist die etwa 40 000 Mitglieder zählende „Angkatan Belia Islam Malaysia“ (ABIM). Diese in ihrem Kern von der *akademischen Jugend* getragene Organisation, die u. a. von Libyen unterstützt wird, setzt sich für eine weitgehende Islamisierung des öffentlichen Lebens ein. Sie fordert einen *islamischen Staat auf der Grundlage des islamischen Rechts* und eine islamische Wirtschaftsordnung, wobei sie offen ihre Sympathien für die fundamentalistischen Bestrebungen im Iran zu erkennen gibt. Der Regierung sind die Aktivitäten der ABIM recht suspekt, doch wagt sie nicht, offen gegen sie vorzugehen. Denn zu groß ist die Zahl der jungen Menschen aus der malaiischen Mittel- und Unterschicht, die mit den gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden sind und nur von einer verstärkten Islamisierung Besserung erwarten. So mehren sich selbst in der UMNO-eigenen Jugendorganisation mit etwa 400 000 Mitgliedern die radikalen Stimmen. Deshalb möchte die Regierung nicht durch ein hartes Vorgehen Märtyrer schaffen und beschränkt sich vorerst darauf, nur diejenigen Gruppen zu bekämpfen, die offen Gewalt anwenden (kleine extremistische Muslim-Vereinigungen haben in den letzten Jahren wiederholt Überfälle auf religiöse, aber auch auf staatliche Einrichtungen verübt).

Minderheiten in die Defensive gedrängt

Angesichts der Malaiisierungs- und Islamisierungsbestrebungen sehen sich die nationalen Minderheiten in die Defensive gedrängt. Vor allem die *Chinesen*, die 34% der Bevölkerung stellen, beklagen, daß sie nicht nur in Verwaltung und Politik unterrepräsentiert sind, sondern auch ihre wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt werden. Dies wird auch auf dem Bildungssektor deutlich – von 1970 bis 1978 sank z. B. der Anteil chinesischer Hochschulstudenten von 49% auf 25% (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.4. 79), gleichzeitig wird den Chinesen aber die Errichtung einer eigenen Hochschule nach wie vor verwehrt. Trotzdem stellen die Chinesen, Nachkommen der im 19. und 20. Jahrhundert eingewanderten „Gastarbeiter“, immer noch die wirtschaftlich stärkste Gruppe. Meist auf den Plantagen, in der Industrie und im Handel tätig, geht es ihnen insgesamt wesentlich besser als etwa den Malaien – 1976 lebten 51% der Malaien, aber nur 31% der Inder und nur 23% der Chinesen unterhalb des Existenzminimums (Malaysian Business Times, 5. 10. 81).

Der geringere politische Einfluß der Chinesen ist auch eine Folge der *Zerrissenheit ihrer Parteienlandschaft*. In der

„Nationalen Front“ sind sie durch die traditionsreiche, eher konservative „Malaysian Chinese Association“ vertreten, dazu u. a. durch die multirassische, aber chinesisch dominierte „Gerakan Rakyat“ („Volksbewegung“). Letztere, gemäßigt sozialistisch ausgerichtet, stellt sogar im Bundesstaat Penang (dem einzigen mit chinesischer Bevölkerungsmehrheit) den Regierungschef.

Die Unzufriedenheit vieler Chinesen mit der Regierungspolitik zeigt der Wahlerfolg der „Democratic Action Party“ im Jahre 1978. Mit 21,6% der Wählerstimmen, allerdings nur 14 Mandaten, erzielte diese Schwesterpartei der in Singapur regierenden „People's Action Party“ nicht nur ihren bisher größten Erfolg, sondern wurde auch zur größten Oppositionspartei. Sie wendet sich *gegen die Privilegierung der Malaien* und propagiert ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm. Streitigkeiten über den Kurs der Partei (so gab es Anfang 1981 sogar ernsthafte Gespräche mit der ebenfalls oppositionellen „Partai Islam“ über ein Wahlbündnis gegen die „Nationale Front“) führten allerdings in letzter Zeit zu kleineren Abspaltungen, was sich auch in Mißerfolgen bei Nachwahlen ausdrückte.

Die *indische Minderheit* (10% der Bevölkerung), ebenfalls Nachfahren von Gastarbeitern, ist im wesentlichen in denselben Wirtschaftszweigen wie die Chinesen tätig. Sie wird politisch durch den „Malaysian Indian Congress“ in der „Nationalen Front“ vertreten, der aber hauptsächlich die indischen Hindus (etwa 80%) repräsentiert. Auch die Inder klagen über die wirtschaftliche Benachteiligung sowie die schlechten beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten. Dies ist z. T. auch bedingt durch den schlechten Zustand des indischen Grundschulwesens (48% der indischen Kinder besuchen Tamil-Schulen), während etwa die chinesischen Primärschulen (von 74% der chinesischen Kinder besucht) über wesentlich mehr finanzielle Mittel verfügen. Der politische Einfluß der Inder ist allerdings vergleichsweise gering, zumal sich der MIC in letzter Zeit durch Mißwirtschaft selbst geschadet hat.

Die neue Regierungspolitik

Als *Tun Hussein Onn* im Juli 1981 sein Amt als Regierungschef aus Krankheitsgründen abgab, bedeutete dies eine Wachablösung größeren Stils. Sein Nachfolger, *Datuk Mahathir Mohamad*, und dessen wichtigste Mitarbeiter repräsentieren nicht mehr den bis dahin politisch bestimmenden Adel, der seine Erziehung meist in England genossen hatte. Es sind aus der Mittel- und Unterschicht hervorgegangene Intellektuelle, die im Lande selbst studierten und eher pro-malaiisch denken, ja zeitweilig als rassistische Extremisten galten. Auch wenn sich die neue Regierung der Notwendigkeit einer Politik der Toleranz gegenüber den nationalen Minderheiten bewußt ist, wird sie doch eher die Malaiisierung vorantreiben. Allerdings hat der neue Premierminister deutlich gemacht, daß dies keine Protektion der Malaien auf alle Zeit bedeutet, sondern daß die Malaien letztlich lernen müßten, in jeglicher Hinsicht auf eigenen Füßen zu stehen.

Dementsprechend richtet die neue Regierung ihr Hauptaugenmerk auf die *Wirtschaftspolitik*. Da eine gut funktionierende Verwaltung die Voraussetzung für ein weiteres Aufblühen der Wirtschaft bildet, soll die Arbeit der Beamten strenger kontrolliert werden. Die Korruption möchte man dadurch eindämmen, daß Minister und hohe Beamte jetzt ihre Einkünfte dem Premierminister offenlegen müssen. Doch wurde z. B. auch der Ankauf belgischer Schützenpanzer für die Armee ausgesetzt, um u. a. Bestechungsvorwürfe zu untersuchen.

Die Aussichten für ein weiteres *wirtschaftliches Wachstum* sind im übrigen recht gut. In der Gewinnung von Naturkautschuk und Zinn ist Malaysia in der Welt führend, und auch die Erdölvorräte sind so hoch, daß die Hälfte der Produktion (1980: 13 Millionen Tonnen) exportiert werden kann. Mit seinen Erdgaslagerstätten steht Malaysia sogar an zwölfter Stelle in der Welt. So stieg das Brutto-sozialprodukt in den letzten Jahren um durchschnittlich etwa 8%, 1981 wird die Wachstumsrate aber wohl bei „nur“ 6,8% liegen (Asian Wall Street Journal, 26. 10. 81). Die Inflationsrate liegt derzeit bei offiziell 9,6% (1979 noch 3,6%), und die Arbeitslosigkeit betrug 1979 6% – trotz einer leichten Rezession also noch kein Grund zu allzu großer Besorgnis.

Vor allem die industrielle und gewerbliche Entwicklung soll den weiteren Aufschwung sichern und helfen, die Armutsrate von derzeit noch 35% auf 17% (1990) zu senken. Der *neue Fünfjahresplan* sieht deshalb vor, durch Steuer- und Investitionserleichterungen Produktion und Export so zu steigern, daß der gewerbliche Sektor die Landwirtschaft erstmals überflügelt. Letztere bleibt das Sorgenkind der Wirtschaft, da ihre Produktion immer noch nicht den Bedarf des Landes decken kann. Zu kleine Betriebsgrößen, gestiegene Energiekosten und die Inflation haben bewirkt, daß das Realeinkommen der Bauern in den letzten Jahren sogar gefallen ist. Hier sollen höhere Subventionen sowie die Mechanisierung und die *Förderung der Genossenschaftsbildung* eine Änderung herbeiführen. Da dies nicht alles aus eigener Kraft zu erreichen ist, ist Malaysia weiterhin auf umfangreiche ausländische Hilfe angewiesen. So wurde kürzlich mit einer Anleihe von 700 Millionen US-Dollar auf dem internationalen Geldmarkt die bisher höchste Anleihe in Asien überhaupt aufgenommen – ein Zeichen für das Vertrauen, das man in Malaysias Wirtschaft setzt.

Das Wirtschaftswachstum hängt aber auch von der *inneren Sicherheit* ab. Die „Communist Party of Malaya“ stellt allerdings gegenwärtig keine allzu ernsthafte Gefahr dar. Nur 5% ihrer 2000 Mitglieder sind Malaien, 70% Chinesen, der Rest thailändische Malaien. Sie ist in drei sich befehdende Gruppen gespalten und hat noch mehr an Einfluß verloren, seit sich der nominelle Parteichef *Musa Ahmad* Ende 1980 den malaysischen Behörden stellte (die eigentliche Führung liegt in chinesischer Hand). Ihre Hauptoperationsbasis im südlichsten Thailand ist zudem gefährdet, so kam es im Frühjahr 1981 zu heftigen Kämpfen mit der Befreiungsbewegung der thailändischen Muslime um die Kontrolle der Grenzgebiete.

In der Absicht, die *kommunistische Bewegung* endgültig zu bezwingen, hat die Regierung die bestehenden Gesetze noch mehr verschärft. Die im April 1981 verabschiedeten neuen Notstandsgesetze gestatten die Verhaftung von Personen bereits für den Fall, daß bei ihnen der Verdacht vorliegt, sie würden in absehbarer Zukunft subversive Tätigkeiten planen. Zu solchen subversiven Tätigkeiten gehört z. B. bereits der Nachdruck von Presseartikeln aus kommunistischen Organen, wenn er nicht von der Regierung ausdrücklich genehmigt wurde. Die Registrierung von Organisationen, die politisch tätig sind, wurde ebenfalls neu geregelt, wobei jedoch der Verdacht auftaucht, daß hiermit nicht nur extremistische Gruppen, sondern auch etwa parteiinterne kritische Strömungen unterdrückt werden sollen.

Zur Verbesserung der internen, mehr aber noch der äußeren Sicherheit wird *die Armee* in einem bisher nicht gekannten Maß aufgerüstet. Der Anteil der Verteidigungsausgaben, 1979 noch bei 11,4%, soll im laufenden 5-Jahres-Plan auf 22% des Haushalts steigen. Die Mannschaftsstärke wird von 90 000 auf (1983) 125 000 angehoben, und die Stärke der Anti-Guerilla-Einheiten wird auf 120 000 Mann verdoppelt (Far Eastern Economic Review, 6. 3. 81). Hiermit soll vor allem die Gefahr gebannt werden, die von einer eventuellen Ausweitung des kommunistischen Machtbereichs ausgehen könnte.

Der Schwerpunkt der *Außenpolitik* liegt auf den Beziehungen zu den südostasiatischen Nachbarn. Das Verhältnis zu den anderen ASEAN-Staaten ist gut, auch wenn etwa die Philippinen ihren Anspruch auf Sabah nicht aufgegeben haben und Ende 1981 Malaysia erneut beschuldigten, die Ausbildung muslimischer Guerilla-Kämpfer in Sabah zu dulden. Kuala Lumpur wies diese Vorwürfe als offensichtlich unbegründet zurück, bemühte sich aber gleichzeitig, das Sabah-Problem nicht unnötig hochzuspielen. Die Aktivitäten der thailändischen Muslime, die von Malaysia *nicht* unterstützt werden, stellen im übrigen derzeit keine Belastung für das Verhältnis zu Thailand dar.

In der *Indochina-Frage* verfolgt Kuala Lumpur jedoch eine etwas andere Politik als seine Nachbarn. Es verurteilt zwar die Besetzung Kambodschas durch Vietnam, möchte diesem aber einen ehrenvollen Rückzug offenhalten. So unterstützt man die Koalition der kambodschanischen Widerstandsgruppen, möchte dies jedoch eher dazu benutzen, um Vietnam an den Verhandlungstisch zu bringen. Eine Demütigung Vietnams will man vermeiden, um es nicht noch mehr in die Arme der UdSSR zu treiben – deren Aktivitäten in Asien beobachtet man mit großem Argwohn, auch wenn die Sowjetunion als Großabnehmer für Naturkautschuk ein wichtiger Handelspartner Malaysias ist. Eine Niederlage Vietnams würde zudem den chinesischen Einfluß in Südostasien steigern, und dies hält man für weit gefährlicher – wegen der eigenen chinesischen Minderheit und wegen der chinesischen Unterstützung der CPM. China hat zwar seine Beziehungen zur CPM formell gelockert, indem es deren Radiosender in

China im Juni 1981 schloß, doch gewährt es ihr weiter finanzielle und propagandistische Hilfe. So blieb der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang im August 1981 in Kuala Lumpur ohne greifbares Ergebnis, ja er verdeutlichte eher noch die Differenzen zwischen beiden Ländern.

Im übrigen will sich Malaysia stärker in der islamischen Welt (so durch die diplomatische Anerkennung der PLO) und in der *Bewegung der Blockfreien* engagieren. Dagegen blieb der neue Regierungschef ostentativ der letzten Commonwealth-Konferenz in Australien fern und sandte nur seinen Außenminister. Dies zeigt auch, auf welchem Tiefpunkt die bisher recht guten Beziehungen zu Großbritannien angelangt sind. So bedürfen Kontrakte malaysischer Firmen mit britischen Unternehmen jetzt der Genehmigung durch den Ministerpräsidenten, und diese soll nur gewährt werden, wenn keine ausreichenden Alternativen gegeben sind.

Katholiken vor ungewisser Zukunft

Die Katholische Kirche Malaysias ist, auch wenn die Missionsanfänge in das 16. Jahrhundert zurückreichen, eine im Grunde recht junge Kirche. Die drei Missionen des heutigen Westmalaysia wurden erst 1955 zu Bistümern erhoben, und die drei ostmalaysischen Diözesen folgten erst 1976. Ende 1978 zählte die Kirche fast 400 000 Gläubige (knapp über 3% der Gesamtbevölkerung), die von 168 Welt- und 86 Ordenspriestern betreut wurden. Ihnen standen 195 Ordensbrüder und 553 Ordensschwestern zur Seite (Angaben nach dem Päpstlichen Jahrbuch 1981).

Die meisten Katholiken *Westmalaysias* leben in den städtischen Gebieten an der Westküste. Unter ihnen überwiegen *Angehörige der Minderheiten* – so sind z. B. auch vier von sechs Bischöfen chinesischer Abstammung (drei davon in Malaysia geboren). Da die Mission unter Muslimen verboten und auch sonst durch Gesetze stark eingeschränkt ist, wächst die Kirche Westmalaysias nur sehr langsam.

Ostmalaysia besitzt dagegen eine junge Missionskirche, die sowohl von Chinesen als auch von Gläubigen aus den verschiedenen Stämmen getragen wird. Die 240 000 Katholiken (ihre Zahl hat sich seit 1960 verdoppelt) stellen in Sarawak 9% und in Sabah sogar 12% der Bevölkerung, und die Zahl der Taufen war 1978 mit fast 10 000 2,5mal so hoch wie in Westmalaysia.

Eines der größten Probleme ist derzeit der *Priestermangel*, seit anfangs der siebziger Jahre viele Missionare ausgewiesen wurden und neue allenfalls auf begrenzte Zeit ins Land dürfen (vgl. HK, Juni 1971, 301 f). Gerade entlegene Gemeinden können oft nur sporadisch betreut werden. Auch einheimische Berufungen können die Stagnation der Priesterzahlen vorerst kaum beheben. So waren 1980 unter den 100 000 Katholiken Sabas neben 17 Ausländern nur 6 Priester vom Stamm der Kadazan tätig, der immerhin 60% der Bevölkerung stellt (UCA News, 2. 4. 80). Es

scheint weiterhin schwierig zu sein, unter den einheimischen Stämmen geeignete junge Leute für den Priester Nachwuchs zu bekommen. So bemüht man sich, den Mangel durch den Einsatz von Laien wenigstens notdürftig auszugleichen. Katastrophal ist im übrigen die seelsorgerliche Betreuung der Indochina-Flüchtlinge (Februar 1981: noch 11 000 – die Zahl der Katholiken beträgt in manchen Lagern bis zu 50%). Zwar ist auf Pulau Bidong ein vietnamesischer Priester tätig, doch wurde etwa dem Bischof von Johore der Besuch der Insel Tengah verwehrt, obwohl die dortigen Gläubigen ausdrücklich um den Besuch eines Priesters gebeten hatten (vgl. Die katholischen Missionen 6/1981, S. 189).

Der *Personalmangel* behindert auch die innerkirchliche Erneuerung. So wird hauptsächlich in Westmalaysia seit mehreren Jahren die Einrichtung von Basisgemeinden gewünscht, doch ist nicht nur deren Konzeption kontrovers, sondern viele Priester und Ordensleute sind auch so sehr mit Arbeit überlastet, daß ihnen dafür kaum Zeit bleibt. Derzeit stehen zudem in der kirchlichen Arbeit die sozialen Aufgaben (Bildungsarbeit, Ehe und Familie) im Vordergrund, und so wies z. B. Bischof Fernandez von Penang Vertreter der charismatischen Erneuerungsbewegung daraufhin, daß sie die konkrete Gemeindegearbeit gerade auch im sozialen Bereich mehr beachten sollten (UCA News, 11. 11. 81).

Ein großes Problem ist für die Kirche die massive *staatliche Unterstützung der islamischen Mission* insbesondere in Ostmalaysia. Mit materiellen Anreizen, aber auch etwa mit der Drohung, Entwicklungsprojekte einzustellen, wurden verschiedentlich ganze Dorfgemeinschaften zum Übertritt zum Islam bewogen. Angesichts der engen Gemeinschaftsbindungen sah sich so auch mancher Christ zur Konversion gezwungen. Der Erfolg solcher staatlich geförderter Konversionen ist allerdings begrenzt – viele Konvertiten legen eher Lippenbekenntnisse ab, um sich dann recht bald wieder vom Islam abzuwenden (vgl. Die katholischen Missionen 6/1981, S. 185).

Mit Sorge betrachtet man schließlich die Malaiisierungspolitik der Regierung. Einige hohe Beamte und Politiker, darunter der neue Kultusminister, haben in letzter Zeit betont, das Endziel der Malaiisierung sei die *Schaffung eines islamischen Staates*, was auch die Konversion möglichst vieler Nicht-Malaien zu Muslimen beinhalte. Es wurde jedoch eingeräumt, daß dies nicht auf raschem Wege, sondern nur in einem sehr langwierigen Prozeß zu erreichen sei (vgl. KNA 1. 10. 81). Dies würde bedeuten, auch die Christen zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Man hofft aber, daß der neue Ministerpräsident weiter zur Politik der Rassenvielfalt stehen wird, zumal er bereits öfter die Notwendigkeit der Toleranz betont hat.

Damit stehen die Christen, wie auch die anderen Minderheiten, letztlich vor einer ungewissen Zukunft. Die Suche Malaysias nach einer nationalen Identität könnte dazu führen, daß durch eine rigorose Festschreibung der muslimischen Vorherrschaft die Gegensätze zwischen den Volksgruppen erneut voll aufbrechen. *Peter Drews*